

Frankenberger Tageblatt

Begründet 1842.

10. Jahrgang.

Amtsblatt für die Königliche Amtshauptmannschaft Flöha, das Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Frankenberg i. Sa.

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Rosberg in Frankenberg i. Sa. — Druck und Verlag von E. G. Rosberg in Frankenberg i. Sa.

Beschluss am jedem Wochentag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis vierteljährlich 1. & 50,- monatlich 50,- Trägerlohn extra. — Einzelnummern laufenden Monats 5,- zehnter Monate 10,-

Bekanntungen werden in unserer Geschäftsstelle, von den Posten und Ausgabekellen, sowie von allen Postamtsstellen Deutschlands und Österreichs angenommen. Nach dem Auslande Verhandlung wohmöglich unter Kreuzband.

Auskündigungen sind rechtzeitig aufzugeben, und zwar größere Anzeige bis 9 Uhr vormittags, kleinere bis spätestens 11 Uhr mittags des jeweiligen Ausgabedates.

Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmter Stelle kann eine Garantie nicht übernommen werden.

— 51. Telegramme: Tagblatt Frankenbergerischen.

Anzeigenpreis: Die 6.-gep. Beilage oder deren Raum 15,- bei Beleganzeigen 12,- im amtlichen Teil pro Seite 40,- Einzelblatt im Reklamationsteil 20,- für jährliche und indestärkliche Satz Ausschlag für Wiederholungsabdruck ermöglicht nach feststehendem Tarif. Für Rechts- und Pflicht-Ausgabe werden 25,- Extragebühr berechnet.

Abfertigungs-Ausnahme auch durch alle deutsche Annonce-Expeditionen.

Von der Königlichen Amtshauptmannschaft sind im 3. Quartale 1911 nachstehende Herren in Pflicht genommen worden:

Rittergutsbesitzer Walter Weißner in Frankenberg als stellvertretender Gutsbesitzer für den selbständigen Gutsbezirk Rittergut Frankenberg, der bisherige Wagenwirt Ernst Otto Kuhn aus Auerswalde antragsgemäß als zweiter Schuhmann für die Gemeinde Auerswalde und Fleisch- und Trichinenschauer Max Rudolph aus Flöha als 2. stellvertretender Fleisch- und Trichinenschauer für die Gemeinden Ober- und Niederwiera und Braunsdorf. Flöha, am 10. Oktober 1911.

Die Königliche Amtshauptmannschaft.

Reform des Prozeßverfahrens.

In Berlin hat sich wieder einmal einer jener Sensationsprozeß abgespielt, die fast immer bedauerlicheweise einen Beweis dafür erbringen, in wie hohem Maße unser heutiges Prozeßverfahren einer Reform bedarf. Raum in einem anderen Lande wäre eine derartige Überspielung auf ein im Grunde kaum zu der eigentlichen Angelegenheit gehöriges Gebiet möglich, nur in Deutschland wird infolge der Bücken der Gesetzgebung ein derartiges Verfahren beliebt. Auf der anderen Seite kann man es den Verteidigern nicht verdenken, wenn sie diese Mängel ausnutzen, um ihren Clienten möglichst rein zu waschen und einen Freispruch oder zum mindesten eine Milderung der drohenden Strafe herbeizuführen. Bei dieser Methode geht man in erster Linie darauf hinaus, die Glaubwürdigkeit der Hauptbelastungszeugen zu erschüttern, ein Verfahren, das an und für sich berechtigt ist. Leider geht man hierbei zu weit und scheut sich nicht, nicht gewonne Beugen vor aller Offenlichkeit bloßzustellen.

In dieser Hinsicht bedeutet der Prozeß Wetternich fast den Gipspunkt des bisher Dagewesenen, wurde doch der Eindruck erweckt, als ob der Prozeß nicht gegen den Grafen, sondern die Familie Wetternich gerichtet sei, deren Schmiede vor der ganzen Öffentlichkeit ausgebrüdert wurde. Man könnte nun sagen, die Presse hätte es nicht nötig gehabt, all das Widrigste zu veröffentlichen, leider aber ging das nicht an, da die Aufrollung der Vorwürfe in dem genannten Hause seitens der Verteidigung als das wichtigste Mittel der Gegenbeweisführung verwendet wurde, so daß man nicht glatt darüber hinwegkommen konnte; angefügt sei indessen, daß die anständige Presse dabei vieles gemildert und die amüsigsten Soden, die dabei zur Sprache gelangten, überhaupt nicht wiedergegeben hat. Es läßt sich nicht leugnen, daß sowohl der Vorsitzende des Gerichtshofs, wie auch der Staatsanwalt nicht immer auf der Höhe standen, als mildernder Umstand jedoch kann für sie in Betracht gezogen werden, daß sie durch das eigenartige Verfahren der Verteidigung immerhin zuweilen gerecht wurden, und daß es für sie schließlich infolge der lästigen Gesetzgebung auch eine Freizeit gab, die sie daran hinderte, mit Energie einzuschreiten und die Abschweifungen vom eigentlichen Thema zu verhindern.

Im Juristenkreise ist man darum mit Recht über das beschuldigte Prozeßverfahren ziemlich bestimmt, und es ist daher im Interesse des Anwaltstands, durchaus zu begrüßen, wenn ein Teil der Berliner Amtshauptmannschaft unter Führung eines den bekannten Kriminelisten eine öffentliche Kundgebung vorbereitet, die sich gegen die Art der Verteidigung im Wetternichprozeß richtet. In erster Linie will man dagegen protestieren, daß so, wie es hier geschehen, die internen Familienverhältnisse in einem Prozeß hineingezogen würden; ferner wendet man sich dagegen, daß Gespräche, die zwischen Richtern und Verteidigern vor der Hauptverhandlung geführt werden, in dieser später zum Gegenstand der Erörterung dienen. Letztlich bietet der Prozeß eine Menge Material für eine grundlegende Reform des Prozeßverfahrens, insbesondere nach der Seite der Zeugenvernehmung hin, und es wäre zu wünschen, daß für eine Änderung des Verfahrens auch die in dem letzten Sensationsprozeß gemachten Erfahrungen benutzt würden.

Entschädigung formellen und tatsächlichen Besitz von Tripolis ergreifen. So, es geht noch weiter und erklärt, wenn die Türkei die Lösung der tripolitanischen Frage verschleppe und die Feindseligkeiten in die Länge ziehe, so werde es von ihm später eine Friedensschädigung verlangen. Obwohl diese Forderung angeblich des aufgedrangten Krieges geradezu brutal klingt, wird die Türkei doch mit ihr rechnen müssen und tut daher gut, der Sache sobald wie möglich ein Ende zu machen.

Der türkische Überfall auf die italienische Besetzung von Tripolis ereignete sich in einer mondänen Nacht. Gegen 1 Uhr stießen die rasanten Italiener auf geschlossene Reiterei, die im langsamem Vormarsch begriffen waren. Sie mußten zurückweichen, hatten aber doch so viel getrieben, daß etwas beim Feinde vorging. Auf diese Meldung hin traten die Schmelzer der Flotte in Tätigkeit und suchten das Gelände ab. Eine starke feindliche Kolonne aller Waffen war im Angriff. Sobald die Türken sahen, daß sie entdeckt waren, marschierten sie auf. Alle Bewegungen vollzogen sich unter bester Ausnutzung des Geländes in vollkommenster Ruhe. Auf seiner Seite wurde feuerte. Die Italiener lagen gutgedeckt in ihren Stellungen. Als die italienischen Schützen bis auf einige hundert Meter heran waren, wurde der Befehl zur Feuereröffnung gegeben, und zwar für Artillerie und Infanterie gleichzeitig. Kurz darauf nahm die mittlere Artillerie der Schiffe im Hafen das weitere Gelände unter Feuer. Die Türken führten mit schwachen Schützenlinien ein hinhaltendes Feuergefecht. Das Gros der Türken versuchte einen umfassenden Angriff gegen den östlichen italienischen Flügel, der aber rechtzeitig bemerkte wurde. Unter dem Feuer der Schiffsgeschütze und der Maschinengewehre war ein Vordringen nicht möglich; dennoch hielten sich die Türken eine volle Stunde. Das Feuer war auf beiden Seiten sehr heftig, bis die Verluste der Türken so groß wurden, daß sie sich zurückziehen muhten. Die Italiener haben nur wenige Männer verloren.

Eine Proklamation Italiens an die Tripolitaner erklärt diesen, Italien wollte nach Tripolis kommen, ohne dessen Ruhe und Interessen zu stören. Es wurde daran jedoch von der Türkei gehindert und zum Kriege gezwungen. Jeder Italiener hoffe jedoch, daß durch das Bombardement von Tripolis dessen Bewohner nur ganz leichter Schaden zugefügt werden sei, für den sie die italienische Regierung voll entschädigen würde. Es wird den neuen Untertanen dann die gewissenhafteste Wahrung aller ihrer Freiheiten, Rechte, Sitten, Güter usw. zugesichert und die Einführung aller möglichen Verbesserungen versprochen.

Die deutschen Börsen verlebten vorwiegend fest. Die Handelschiffahrt im Mittelmeer ist durch den „Krieg“ nur wenig beeinträchtigt. Dagegen ist in dem deutschen Kleinen-Transporthafen nach der Revonte eine leichte Verhandlung eingetreten. — Im Gegenzug zu den aus italienischer Quelle kommenden, für die Türkei wenig günstigen Nachrichten steht folgende Meldung aus Konstantinopel: Die Flotte erhält jeden ausführlichen Drahtbericht aus Tripolis. Danach brachte während des Bombardements das türkische Feuer das italienische Torpedoboot „Garibaldi“ zum Sanken, während 2 italienische Panzerkreuzer außer Gefecht gelegt wurden. Die türkischen Truppen stellten entgegen den italienischen Nachrichten fest, daß die Stadt Tripolis sich nicht von selbst ergeben habe. Die türkischen Truppen zogen sich einige Kilometer von Tripolis zurück, wo sie befestigte Stellungen einnahmen. Der Stamm der Semussi strömt in großer Zahl zu den Truppen. Die Semussi sind gut bewaffnet und stellen sich dem obersten Bei zur Verfügung. Die Moral der Truppen und der Bevölkerung sind gut. Lebensmittel und Munition sind zur Genüge vorhanden. Die Italiener versuchen, die Eingeborenen mit Geld zu bestechen, was diese auf das entschiedenste zurückweisen. — (Wer hat nun recht?)

Die weiteren Depeschen melden folgendes:

Rom, 12. Oktober. Der Neapelser Korrespondent des „Corriere d'Italia“ hat den Kapitän eines großen Personalschiffes, der jüngst aus Odessa eingetroffen war, gesprochen, und von diesem erfahren, daß er vor einigen Tagen türkische Kriegsschiffe in voller Kriegsfitz bei der Insel Rhodos

Für Zigarren-Fabriken!

Bon der am 1. Mai 1907 in Kraft getretenen Bekanntmachung, betr. die Einrichtung und den Betrieb der zur Herstellung von Zigarren bestimmten Anlagen, sind Druckexemplare, sowie von den nach §§ 10 und 11 dieser Bekanntmachung erforderlichen Sonder-Aushänge zu haben in der

Rosberg'schen Papierhandlung, Markt 1.

gesichtet habe, dagegen habe er von der italienischen Flotte im Agäischen Meer nichts bemerkt.

Konstantinopel, 12. Oktober. Der Ministrerrat beschäftigte sich mit der Antwort der Mächte über die Interventionsfrage. Er ist zu der Übereinkunft gekommen, daß die Tripolitfrage zur Befriedigung beider Partien zu lösen ist unter Anerkennung der Souveränität der Türkei und der Rechte Italiens.

Örtliches und Sachsisches.

Frankenberg, 12. Oktober 1911.

Der Herr Bürgermeister.

Wenn in einer deutschen Stadt der Posten des Stadtoberhauptes frei wird, dann ist die Zahl der Bewerber fast ohne jede Ausnahme ungemein groß. Hundert Bewerber sind durchaus keine Seltenheit, und dabei sind die Bürgermeister keineswegs auf Rollen gebettet. Herrscht erstmaligerweise oft ein recht gutes Einvernehmen zwischen ihnen und der Bürgerschaft, so blüht doch auch oft die Kritik in übereicher Weise. Was immer war, wird wohl auch bleiben, denn die Meinungsverschiedenheiten sind einmal nicht auszutrotten. Und es gibt seltsame Zwistigkeiten. Heulich ernahm ein Bürgermeister einer bekannten deutschen Universität einen Posten in einer andern Stadt an, weil er mit den alademischen Bürgern über ihr altes Privilegium, auf den Bürgersteigen den Frühstückspfosten abzuhalten, in Differenzen gerieten. Seltener sehr selten sind die Bürgermeister vom Schlosse jenes alten Herrn geworden, der den Bürgern einer deutschen Kleinstadt auf ihre Wünsche nach Verbesserung des Straßenpflasters antwortete, es ist bisher gegangen und wird auch so weiter gehen. Heute können die Bürgermeister als weitsichtige Männer nicht still stehen, sonst kommen ihnen ehrige Kollegen in den Nachbarstädten voran, und die Interessen der eigenen Stadt leiden. Ohne Geld ist freilich nichts zu machen, und so unrecht hat nicht ein Stadtoberhaupt im schönen Thüringen, das ausführte, eine Stadt, die nicht die Kürze hat, zur rechten Zeit Schulden zu machen, kommt nicht vorwärts! Wenn nur die steigenden Kommunalsteuern nicht wären, die ja tatsächlich in den allermeisten deutschen Städten härter sind, wie die Staatssteuern. Ein Kernpunkt des Geldens ist, daß man oft mit einzelnen notwendigen neuen Ausgaben zögert, bis dann alles mit einem Mal kommt. Und dann hatte es. Unsere deutschen Bürger haben zum Glück keine Ahnung von der Kommunalsteuerexplosion in den romanischen Ländern, wo die Hauptheinnahmen durch die Lebens- und Benutzungsmittelsteuer aufgebracht werden. Deshalb kommen dort die häufigen Lebensmittelkrawalle vor. In der richtigen Anerkennung, daß viele Schuster leicht eine Last tragen, wie eine geringe Zahl, ist erst dieser Tage wieder auf einem deutschen Kongress vorgeschlagen, leistungsfähige Kommunalverbände zu bilden, um zeitgemäße Forderungen bequemer erfüllen zu können. Der deutsche Bürger hat, was an sich sehr angenehm ist, ein hohes Selbständigkeitssgefühl, er wirkt nicht gern seine Einnahmen zusammen mit denen eines Nachbarortes in einem Topf, aber die Provinz des Lebens geht der Theorie voran, und darum soll diese Angelegenheit zur Förderung bestimmter Kommunalinteressen nicht aus den Augen verloren werden. Dann würde man auch nicht mehr sagen können, wie es im „Faust“ heißt: „Nein, es gefällt mir nicht, der neue Bürgermeister! — Nun, da er's ist, wird er nur täglich dreister. — Und für die Stadt, was tut denn er? — Wird es nicht alle Tage schlimmer? — Gehorchen soll man mehr als immer, — Und zahlen mehr als je vorher!“

img. Die Brennkosten der elektrischen Beleuchtung. Die Verwaltung des Städtischen Elektricitätswerks hat wiederholt feststellen können, daß die von ihr angegebenen Werte über die Brennkosten der elektrischen Beleuchtung von Seiten der Bürgerschaft angezeifelt werden. Damit sich nun ein jeder sofort und auf bequeme Weise von der Richtigkeit der gemachten Angaben überzeugen kann, wird vom Freitag, den 13. d. W., ab in dem Schaufenster des Herrn Neuhaus, am Markt, ein Instrument angebracht, welches auf einer oberen Skala die Wattzahl der Lampen und auf der